Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1897

30.5.1897 (No. 248)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Einzige Ausgabe. Sonntag, 30. Mai. Einzige Ausgabe.

№ 248. 1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 75 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsr. Ztg." — gestattet.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Feldwebel Karl Vogelmann vom 8. Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126 Großherzog Friedrich von Baden das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Hofbediensteten die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Auszeichnungen zu ertheilen und zwar:

dem Hoffourier Reinhard Ruch für den Königlich Preußischen Kronenorden 4. Klasse und

den Hoflakaien Christian Bechtold und Heinrich Kratzmann für die Königlich Preußische Kronenorden-Medaille.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 14. Mai d. J. wurde Betriebssekretär Heinrich Schneider in Karlsruhe auf Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die preußische Vereinsgesetznovelle
vor dem Abgeordnetenhause.

Berlin, 28. Mai.
(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Am Ministertische: Frhr. **v. d. Recke.**

Haus und Tribünen sind gefüllt. In der Präsidialloge wohnt der frühere Minister v. Köller der Verhandlung bei.

Es beginnt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine.

Den Artikel 1, Auflösung von Versammlungen, und Artikel 3, Auflösung von Vereinen, hat die Kommission gestrichen.

Die Konservativen Graf **zu Limburg-Stirum** und Gen. beantragen die Wiederherstellung dieser beiden Artikel unter Ersetzung der Worte „öffentlicher Frieden" durch „öffentliche Ordnung".

Ferner beantragen die Konservativen, vor Artikel 1 folgenden Artikel einzuschieben: „Versammlungen, von denen auf Grund von Thatsachen anzunehmen ist, daß sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ordnung gefährden würden, können von der Landespolizeibehörde verboten werden."

Die Freikonservativen **v. Dziembowski** u. Gen. beantragen bezüglich der Versammlungen, Art. 1, und Vereine, Art. 3, eine Präzisirung auf anarchistische, sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen, die in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zutage treten. Ferner sollen auch Vereine aufgelöst werden können, welche die Losreißung eines Theiles des Staatsgebietes erstreben oder vorbereiten.

Aus Art. 5, Minderjährige, hat die Kommission nur die Strafbestimmung übrig gelassen. Der konservative Antrag will auch die Auflösungsbefugniß wiederherstellen.

Die Erörterung wird zunächst eröffnet über den konservativen Antrag betreffend das Präventiv-Verbot.

Schmieding (nat.-lib.): Namens meiner Fraktion kann ich die Erklärung abgeben, daß wir gegen diesen Antrag stimmen werden.

Winckler (Dks.): Wir verkennen nicht, daß die Auflösung einer Versammlung in den meisten Fällen zu einer großen Erregung führt und daß die Entscheidung über die Schließung der Versammlungen untergeordneten Organen in die Hand gegeben ist. Den Zweck, die Abhaltung derartiger Versammlungen, welche die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu bedrohen geeignet sind, zu hindern, glauben wir am besten dadurch zu erreichen, daß wir es zu solchen Versammlungen überhaupt nicht kommen lassen. Der Regierungsvertreter hat in der Kommission erklärt, daß ein solches Verbot der Regierung nur willkommen sein würde, daß aber auch nach dem bestehenden Rechte derartige Verbote schon ausgesprochen werden können. Wir theilen diese Auffassung nicht. Die früheren Vorkommnisse zeigen, daß thatsächlich diesem Grundsatz des vorherigen Verbots nicht entsprochen ist.

Minister Frhr. **v. d. Recke:** In Wiederholung der bereits von einem Vertreter in der Kommission abgegebenen Erklärung kann ich hier nur noch ausdrücklich bestätigen, daß die Gewährung des sogenannten Präventivverbots für Versammlungen der Regierung nur sehr willkommen sein wird. (Große Heiterkeit und Lachen links und im Centrum.)

Motty (Pole): Der Antrag ist für uns undiskutirbar. (Beifall links und im Centrum.)

Dr. **Lieber** (Centr.): Wir haben uns mit der größten Entschiedenheit in der ersten Lesung gegen die Repressivmaßregeln des Art. 1 geäußert und stimmen mit wo möglich noch größerer Entschiedenheit gegen die von der konservativen Seite vorgeschlagene und von der Regierung so warm begrüßte Präventivmaßregel. (Beifall links und im Centrum.)

Frhr. v. Zedlitz (freikons.): Trotz der Befürwortung des konservativen Antrags bitte ich Sie, gegen denselben zu stimmen. (Beifall links und im Centrum.) Trotz aller Vorzüge, welche das Präventivverbot haben würde, führen praktische und grundsätzliche Erwägungen zu einer Ablehnung desselben. Schwerer als diese praktischen Bedenken wiegen die grundsätzlichen Erwägungen. Nach meiner Meinung und der meiner Freunde darf man der Regierung eine Vollmacht nicht anbieten, welche sie nicht selbst erbeten hat. Aber noch mehr. Es ist durchaus angezeigt, den Kampf gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts zu führen und gegen Bestrebungen wider die Grundlagen des Staates auf Abtrennung von Theilen des Landesgebiets. Wir sind auch der Meinung, daß Bestrebungen dieser Art Anspruch auf die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, wie sie die Verfassung allen andern Staatsbürgern garantirt, nicht haben, aber wir wollen nicht, daß um der Bekämpfung dieser Bestrebungen willen die allgemeine bürgerliche Freiheit auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts beeinträchtigt und beschränkt werde. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Nun ist es ganz zweifellos, daß die Regierung mit ihrer Vorlage auch nicht entfernt an eine derartige Beschränkung der bürgerlichen Freiheit gedacht hat (Lärm und Lachen links), nicht entfernt (Lachen links, Rufe rechts: Nein, nein!), auch nicht entfernt. (Großer Lärm links. Rufe rechts: Nein, nein!) Nicht ein Wort findet sich davon in der Erklärung des Reichskanzlers, nicht ein Wort in der Begründung, in den Erklärungen der Kommission. (Sehr richtig! rechts.) Diese Unterstellungen werden aber in die weitesten Kreise der Bevölkerung hineingetragen. Man agitirt gegen schärfere Bestimmungen, indem man die Befürchtung vor autokratischen, absolutistischen Bestrebungen nährt. Dazu liegt nicht die geringste Berechtigung vor. Kein politischer Mensch in diesem Hause oder im ganzen Lande denkt überhaupt an die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit eines absoluten Regiments. Alle Diejenigen, welche eine straffe Regierung fordern, sind darin einig, daß in dieser Forderung nicht die einer absolutistischen Regierung liegt. (Sehr richtig! rechts.) In unserer Forderung einer straffen Regierung liegt die Voraussetzung, daß sie in dem alten Hohenzollerngeiste geführt wird, alles einzusetzen für die Wohlfahrt des Landes, für die Wohlfahrt des Volkes. Der Inhalt der Vorspiegelung, daß hier die Knebelung der bürgerlichen Freiheit beabsichtigt ist, hat nur den Zweck, ein parlamentarisches Regiment oder so etwas ähnliches bei den nächsten Wahlen zum Siege zu bringen. In dieser Hinsicht gehen die Meinungen der Parteien durcheinander. Man sagt, da ein solches Gesetz gemißbraucht werden kann, so vermeiden wir ein solches Gesetz überhaupt. Diese Ansicht wird allerdings durch einige Vorfälle der letzten Zeit gestützt. Ich halte es für politisch richtig, daß dieses Element des Mißtrauens beseitigt wird, auch mit Rücksicht auf einen Theil unserer politischen Nachbarn, mit denen wir auf nationalem Boden nothwendig zusammenwirken müssen. Durch die Fassung des Gesetzes darf nicht ein gewisser Keil unter die nationalen Parteien getrieben werden. Ich gebrauche diesen Ausdruck für alle diejenigen Parteien, welche immer ihr nationales deutsches Bewußtsein hegen und es nicht fallen lassen, wenn es sich um Freiheitsbestrebungen handelt, um parlamentarische Machtgelüste oder um die Weltmacht des Papstes. (Lärm im Centrum.) Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht durchaus einwandfrei. Die Regierungsvorlage . . . .

Präsident **v. Köller:** Ich muß darauf aufmerksam machen, daß wir jetzt bloß den Antrag Limburg erörtern.

Frhr. **v. Zedlitz:** Dieser Antrag spricht von den Voraussetzungen, unter denen Versammlungen verboten werden können, und enthält die Kriterien, unter denen ein Einschreiten stattfindet. Ich habe auszuführen, daß diese allgemeinen Kriterien nicht genau genug gefaßt sind, und bitte, mich nicht zu beschränken. Die Regierungsvorlage und der konservative Antrag entsprechen in Artikel 1 und 3 nach unserer Auffassung keineswegs dem Erforderniß einer klaren und präzisen Wortfassung. Die Aufgabe Preußens im Reiche muß jetzt auf allen Gebieten eine erhaltende sein, und wir glauben, mit unserm Antrag völlig im Interesse der preußischen Aufgaben Deutschlands zu handeln. (Lebhafter Beifall bei den Freikonservativen.)

Rickert (Freis. Ver.): Wir wollen nicht mehr mit Ihnen diskutiren. Ich beschränke mich auf die Erklärung, daß wir gegen den Artikel stimmen werden. (Befall links.)

Dr. **Porsch** (Centr.): Herr v. Zedlitz verwahrte die Regierung gegen die Absicht einer Knebelung der Freiheit. Wir haben aber darauf zu sehen: wie wirkt das Gesetz bei der Ausführung, mit der es gehandhabt wird? (Lebhafter Beifall.) Und da ist es gleich, was die gegenwärtigen Minister oder die gegenwärtige Mehrheit des Hauses sich bei Erlaß des Gesetzes denken. (Lebh. Beifall.)

Das Präventivverbot wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Der Präsident will Artikel 1 zur Berathung stellen.

Rickert (Freis. Ver.) zur Geschäftsordnung: Im Interesse der Abkürzung der Verhandlungen (Höhnische Zurufe rechts: Hamburg! Heiterkeit) bitte ich Sie, die Berathung der Artikel 1 und 3 zu verbinden.

Freiherr **v. Zedlitz** (freikons.): Ich bitte, sie nicht zu verbinden. Unser Antrag zu Artikel 3 bedeutet etwas anderes als zu Artikel 1. (Sehr richtig! rechts.)

Die Verbindung der Artikel 1 und 3 wird durch eine Mehrheit aus der geschlossenen Linken und dem Centrum beschlossen.

Schmieding (nat.-lib.): Ich bitte namens meiner politischen Freunde, die Artikel 1 und 3 in der Fassung der Regierungsvorlage abzulehnen und auch sämmtliche dazu gestellten Anträge abzulehnen. (Beifall links.) Wenn uns auch Herr v. Zedlitz soeben versichert hat, daß die Regierung an eine Beschränkung der bürgerlichen Freiheit nicht gedacht habe, so glaube ich, was die Regierung gedacht hat, weiß er so wenig, wie ich. (Heiterkeit und Beifall links.) Es kommt aber nicht auf die Absicht der Regierung an, sondern auf die Wirkung der Annahme der Artikel 1 und 3 (sehr richtig! links), und diese Wirkung besteht in der Beseitigung der Garantien der Verfassung bezüglich des Versammlungs- und Vereinsrechts und in der Ersetzung von Gesetz und Verfassung durch die Befugnisse der Polizeibehörden. Das ist ja auch in der Presse der konservativen Partei, speziell in der „Kreuzzeitung", noch in der letzten Nummer ausgeführt worden. Es wird dort gesagt: Es kommt darauf an: hat man Vertrauen zu der Polizeibehörde, oder hat man kein Vertrauen? Die „Kreuzzeitung" antwortet: Wir haben Vertrauen. Ich kann namens meiner Freunde sagen: wir haben kein Vertrauen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben nicht bloß kein Vertrauen zur Polizeibehörde, sondern auch, offen gesagt, nach all' den Vorgängen der letzten Zeit nicht das Vertrauen zur Regierung (hört, hört! Lärm rechts), um solche Vollmacht zu geben. Wir wünschen mit Freiherrn v. Zedlitz eine starke Regierung. Aber ist das die heutige Regierung? Wir wünschen dringend, und gerade wir, die wir aus den Kreisen der Industrie hierher geschickt sind, wünschen dringend, daß den Bestrebungen der Sozialdemokratie schärfer als bisher entgegengetreten wird (Zurufe), aber wir sprechen es offen aus, es sind bis heute noch nicht einmal die der Regierung zur Verfügung stehenden Mittel zur Anwendung gelangt. (Zustimmung links.) Ehe das geschieht, haben wir keinen Anlaß, diese Mittel zu verschärfen.

In Bezug auf die Anträge Zedlitz erkläre ich offen, daß, als ich sie zuerst gelesen habe, sie mir nicht unsympathisch gewesen sind. (Hört, hört! rechts. Zuruf: Jetzt kommt das Aber! Heiterkeit rechts.) Das kann Sie ja nicht wundern. Wir wünschen grade, daß schärfere Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen zur Anwendung kommen. Die ganze historische Entwicklung der nationalliberalen Partei zeigt, daß wir einen solchen Wunsch haben. Aber je mehr ich mir die Anträge des Herrn v. Zedlitz überlegt habe, desto mehr bin ich davon zurückgekommen, daß damit etwas Brauchbares geboten wird. Der Antrag trifft das Uebel nicht an der Wurzel. Vor allem wünschen wir, daß, wenn gegen die Sozialdemokratie auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden soll, dann man eine solche Materie nicht nebenbei regelt. Dann hat die Regierung die Initiative zu ergreifen, dann muß sie den Muth haben, uns zu sagen: es sind wieder Zustände eingetreten, wo wir ohne ein Sozialistengesetz nicht fertig werden können. Dann hat sie die Verantwortung zu tragen, und dann haben wir uns zu überlegen, ob wir der Initiative der Staatsregierung folgen können. Wir werden im Wesentlichen deßhalb nur für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Wir sind der Ansicht, daß die Minderjährigen in Versammlungen Elemente sind, die dort thatsächlich nicht hingehören. Sie belasten eine Versammlung; wir wollen diese Elemente beseitigen, die nicht dorthin gehören. (Lebhafter Beifall links.)

Graf zu Limburg-Stirum (deutschkons.): Der Kern der heutigen Berathung ist, daß zum erstenmal die Regierung mit einer Maßregel hervortritt, welche dem Lande kund thun will: es ist nothwendig, daß die Staatsautorität gestärkt wird und daß es noch eine starke Regierung in Preußen gibt. (Stürmischer Beifall. Hohngelächter links.) Herr Schmieding sagt, wir dürfen der Regierung nicht eine solche Macht in die Hand geben, weil sie gemißbraucht werden kann. Darüber dürfen Sie sich doch gar keinen Illusionen hingeben: will man überhaupt etwas thun, dann müssen es elastische Befugnisse sein. (Rufe links: So! Hört, hört!) Was das anlangt, ob es nothwendig ist, der Regierung diese Befugnisse zu geben, nun, im ganzen Lande, in den Kreisen der Wohlgesinnten ist gar kein Zweifel, daß es so wie jetzt nicht mehr fortgeht. (Beifall rechts.) Geht es aber so fort, dann ist das viel schlimmer, als wenn einmal in einem einzelnen Fall die Bestimmung gemißbraucht wird (lebhafter Beifall rechts), und dann gibt es doch so viel Kautelen. Ja, meine Herren, die Zeit wird kommen, wo Sie sich entschließen müssen, der Regierung noch viel weitergehende Befugnisse zu geben. (Lebhafter Beifall rechts. Lachen links und im Centrum.) Sollte einmal die Sozialdemokratie an's Ruder kommen, dann gibt es Bestimmungen, gegen die diese hier Waisenknaben sind. (Stürmischer Beifall rechts. Dr. Sattler: Ganz richtig!) Mir liegt daran, daß dem Lande gegenüber gezeigt wird: wir wollen die Autorität des Staates schützen gegen die Bestrebungen, die die Grundlagen des Staates gefährden. Nun ist von der andern Seite gesagt worden, daß man zu der Staatsregierung kein Vertrauen habe. Auf dem Standpunkt stehen meine Freunde überhaupt nicht, daß sie die Vertrauensfrage gegenüber der Regierung stellen. Was einzelne Mitglieder der Regierung thun, hat uns bisher nicht gefallen und gefällt uns auch noch nicht; aber daß wir darum gegen die Regierung im allgemeinen ein besonderes Mißtrauen aussprechen, das widerspricht unsern Grundsätzen. (Lebhafter Beifall rechts.) Es gibt zwei entgegenstehende Strömungen. Die eine behauptet, man kann der Sozialdemokratie Herr werden einfach durch freie Bewegung im Lande, durch Vereine, durch Einwirken auf die Massen. Die andere Strömung, die wir vertreten, ist die: ja wohl, man soll auf die Massen einwirken, man soll alles thun, die Leute zu belehren, die Lage der Masse besser zu gestalten, aber darüber muß man die Autorität des Staates aufrechterhalten und muß den Leuten sagen, der Staat kann solche Bestrebungen nicht dulden. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Regierung hat etwas richtiges gethan, und ich bin überzeugt, das wird der Anfang einer weitern Aktion werden. (Hört, hört! links, lebhafter Beifall rechts.) Wir werden für die Regierungsvorlage stimmen, in zweiter Linie für den Antrag Zedlitz. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links, lange wiederholt sich Beifall und Zischen.)

Dr. **Porsch** (Centr.): Ohne Erregung über die gegenwärtige politische Lage haben meine Freunde die einzelnen Artikel eingehend geprüft und sind zu dem Resultat gekommen, daß sie nicht nur nichts nutzen, sondern nur schaden können und zum Theil schaden werden. Daher stimmen wir gegen die Anträge Limburg und Dziembowski. Die Bedeutung einer Rute ist eine ganz andere, wenn man sie selbst gefühlt hat, als wenn man nur in der Lage ist, sie auf dem Körper eines andern tanzen zu lassen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir sind die entschiedensten Gegner der Sozialdemokratie, und das wissen die Sozialdemokraten (Lachen rechts), wir bethätigen das auch draußen. Es ist sehr gefährlich, eine solche Gesetzgebung zuzuschneiden auf einen Begriff, den man nicht definiren kann. Aber die Hauptsache ist: was nützt eine solche Bestimmung? Da können Sie doch nicht in Abrede stellen, daß das Sozialistengesetz, das viel schärfer war als diese vorgeschlagenen Bestimmungen, die Verbreitung der Sozialdemokratie gar nicht gehindert hat.

Minister Frhr. **v. d. Recke:** Die Staatsregierung hat sich bei der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs eine große Zurückhaltung auferlegt (Lachen links) und hat Vorschläge zurückgestellt, lediglich in der Hoffnung und dem

Wunsche, das Zustandekommen der Novelle zu erleichtern. Die Herren in der Kommission haben, um mich vulgär auszudrücken, die Rosinen aus dem Kuchen herausgenommen (schallendes Gelächter links), haben die Rosinen dankbar acceptirt. Die Regierung muß Sie bitten, den Artikel 1 und 3 in der Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Daß ein Bedürfniß dazu besteht, die Machtmittel des Staates zu verstärken, ist meiner Ansicht nach unbestreitbar. Ich muß die Aeußerung des Abg. Schmieding auf das Entschiedenste bestreiten, daß die Regierung von den ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln bis jetzt noch nicht ausreichenden Gebrauch gemacht habe; im Gegentheil, ich kann nachweisen, daß eine ganz große Reihe von Fällen sich in der Monarchie abspielen, in denen die staatliche Autorität in der gröblichsten Weise mißachtet wird, ohne daß es möglich ist, strafrechtlich einzuschreiten oder Versammlungen oder Vereine, in denen solche Aeußerungen fallen, aufzulösen oder zu schließen. Nun möchte ich noch der Auffassung entgegentreten, als wenn es sich bei der sozialdemokratischen Partei lediglich nur um eine Reformpartei handle, die auf dem besten Wege wäre, sich zu mausern. Die Staatsregierung steht durchaus nicht auf diesem Standpunkt. Bei der sozialdemokratischen Partei handelt es sich um eine revolutionäre Partei mit dem Endziel, die Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen. Wir sind nun weit davon entfernt, zu glauben, daß wir lediglich auf dem Boden der Repression die Sozialdemokratie bekämpfen wollen, nein, wir haben nach wie vor die Ansicht, die in die Wege geleitete Sozialreform auch noch weiter zu verfolgen. Wir können aber nicht zugeben, daß es auf diesem Wege allein geht. Lassen Sie mich aber freimüthig bekennen, daß der Entrüstungssturm auf die Königliche Staatsregierung auch nicht den geringsten Eindruck macht (Beifall rechts); im Gegentheil, es hat sich bei der Staatsregierung nur die Auffassung befestigt, daß sie mit der Einbringung dieser Gesetzesvorlage sich auf dem richtigem Wege befindet. (Beifall rechts.) Wenn sie überhaupt nach dieser Richtung hin Anlaß hat, sich zu äußern, so kann es nur der Ausdruck des Bedauerns sein, daß sich ein großer Theil der Presse dazu hergegeben hat, nicht die öffentliche Meinung wiederzugeben, sondern sie zu fälschen. (Beifall rechts.) Ich sehe auch nicht ein, inwiefern die Vorlage der Regierung reaktionär sein soll. (Lachen links.) Sie bezweckt nichts anderes, als gewissen Mißbräuchen auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens Abhilfe zu schaffen, und wenn Sie das eine Reaktion nennen, so kann es offenbar nur eine gesunde Reaktion sein (sehr gut! rechts). Derjenige Grund, welcher die Herren abhält, sich gegen die Vermehrung der Machtbefugnisse auszusprechen, ist die Befürchtung eines Mißbrauchs. Da muß ich nun sagen, konsequent und logisch ist diese Auffassung meines Erachtens nicht (sehr richtig! rechts); denn wenn man den Zweck will und einsieht, daß es erforderlich ist, einer Regierung scharfe Waffen zu geben, muß man meines Erachtens sich auch über diejenigen Bedenken hinwegsetzen, die etwa dagegen sprechen können.

Wenn ich mich zusammenfassen darf, so ist es dahin, daß die Regierung einmüthig der Meinung ist, es bedürfe der Staat auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts verstärkter Machtmittel. Wir sind ferner der Meinung, daß dieselben in ganz zweckmäßiger Weise durch die Vorlage gegeben werden, und glauben endlich, daß die Befürchtung eines Mißbrauchs dieser Bestimmungen in weiterm Umfange vollständig ausgeschlossen ist. Die Regierung hofft, daß Sie ihr die Machtmittel bewilligen werden. Sollten Sie es wider Verhoffen ablehnen, so kann sie nur volle Verantwortung dafür denjenigen Parteien zuschieben, die es nicht über sich gewinnen können, den praktischen Bedürfnissen des Lebens und des Staates folgend, diese Machtmittel zu gewähren. Diese Verantwortung ist keine leichte. Wenn Sie bedenken, daß diese Entwicklung der Sozialdemokratie schon in die Krankenkassen übergreift, wenn Sie bedenken, welche Einflüsse sie sich zu gewinnen sucht in der Gewerkschaftsbewegung, mit welchen großen Schritten sie augenblicklich bestrebt ist, den Zusammenschluß der Eisenbahnarbeiter zu fördern — Sie finden in den heutigen Zeitungen darüber nähere Nachrichten —, wenn Sie sich vergegenwärtigen die Musterung, die bei dem Ausstand in Hamburg die Sozialdemokratie über ihre Mannen gehalten hat, dann werden Sie es auch über sich vermögen, der Regierung diejenigen Mittel zu gewähren, deren sie, wie ich es hier offen ausspreche, unter allen Umständen bedarf. Die Bevölkerung würde auch eine Ablehnung dieses Antrages der Regierung nicht verstehen (Gelächter links), sondern zu gelegener Zeit auch Abrechnung halten. (Rufe: Ah! links.)

Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Unser Antrag schält aus der Regierungsvorlage den Kern heraus. Er trifft auf dem Gebiete des Versammlungsrechts die sozialrevolutionären, auf dem Gebiete des Vereinrechts die sozial- und die nationalrevolutionären Bestrebungen. Wir haben uns im wesentlichen der Fassung des Sozialistengesetzes angeschlossen. Für uns würde der Ausdruck „sozialdemokratisch" und „anarchistisch" allenfalls genügen. Sollte Herr Porsch einen besonderen Werth auf die Beseitigung der Worte „anarchistisch" und „kommunistisch" legen, so würde sich darüber reden lassen. (Sehr wahr!) Daß in den Nachbarstaaten nichts ähnliches besteht, davon ist keine Rede. Sachsen, Bayern, Thüringen, Baden, Hamburg haben im gemeinen Rechte, was wir hier nur konkreter fassen wollen. Die Ausbreitung der Sozialdemokratie datirt in ihrem schlimmen Umfange von dem Augenblicke, wo man das Sozialistengesetz aufhob und damit in der Bevölkerung den Glauben erwecken mußte, man könne ein guter Bürger, ein patriotischer Mann sein und doch Sozialdemokrat. (Lebhafter Beifall rechts.) Deßhalb empfehlen wir Ihnen unsern Antrag.

Motty (Pole): Wenn auf jede schlechte Redensart, die in Versammlungen fällt, ein besonderes Gesetz gemacht werden sollte, dann müßten wir hunderttausend Gesetze haben.

v. Kardorff (freikons.): Herr Porsch hat behauptet, das Sozialistengesetz habe die Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht gehindert, im Gegentheil (Sehr wahr! links.) Ich habe im Reichstag neulich den statistischen Gegenbeweis geliefert. (Lachen links.) Wenn sie sich auch unter dem Sozialistengesetz etwas vermehrt hat, lag das daran, daß es kein dauerndes, sondern ein Gesetz auf Zeit war. (Sehr richtig! rechts.) Als dann das Sozialistengesetz infolge eines Mißverständnisses seitens des Reichstags aufgehoben wurde (Lachen links) — jawohl, infolge eines Mißverständnisses — da wurden die Ziffern ganz andere, und wenn wir die Dinge so weiter gehen lassen dann hat die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen $2^1/_2$ Millionen Stimmen. Alle Parteien sollten doch ein Interesse an der Aufrechterhaltung und Durchführung des konstitutionellen Systems haben. Dieses beruht darauf, daß wir Minister haben, die kraftvoll das durchführen, was sie zum Wohle des Landes für nothwendig halten. Was entsteht denn für ein Zustand, wenn Sie dem Minister das Gesetz, das er braucht und vorlegt, ablehnen? (Gelächter links.) Sie wissen, daß wir in einer Zeit leben, wo das wichtigste Gewerbe, die Landwirthschaft immer mehr zurückgeht. (Lachen links. Zuruf: Nun kommt die Doppelwährung! Heiterkeit.) Sie ist genug erbittert durch die Handelsverträge. Das monarchische Gefühl ist in dem letzten Jahrzehnt in bedauerlicher Weise zurückgegangen. Im Reichstag ist ein Gesetz, wie es nothwendig ist, jetzt nicht zu haben. Daß das Verbindungsverbot ohne jede weitere Aenderung des Vereinsrechtes aufgehoben werden würde, konnte niemand annehmen. Die konservative Partei hätte dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht zugestimmt, wenn die reine Aufhebung jenes Verbotes die Bedingung gewesen wäre. Wie aber die Nationalliberalen von dieser Forderung reden können, da sie doch einer neuen Bestimmung über die Minderjährigen zugestimmt haben, das verstehe ich nicht. Fürst Bismarck hat gesagt, wenn die Sozialdemokratie sich außerhalb des Gesetzes stellt, dann soll man sie auch danach behandeln. Auf diesem Standpunkt stehen auch wir.

Dr. **Sattler** (nat.-lib.): Ich verstehe nicht, weßhalb der Abg. v Kardorff seine Rede gehalten hat. Der Standpunkt seiner Freunde war klar und schlüssig von Herrn v. Zedlitz dargelegt worden. Im ganzen Hause herrschte Uebereinstimmung, daß wir uns möglichst kurz fassen wollten (sehr richtig! links), um heute noch die Verhandlung zu beendigen, und nun kommt er mit dieser Rede, in der in wunderbar krauser Weise alle möglichen Prinzipien durcheinander geworfen sind und erörtert werden. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Was mich in Erstaunen gesetzt hat, ist, daß Herr v. Kardorff wiederum heute die Krone in die Debatte gezogen hat. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Wenn man sich verpflichtet glaubt, zweimal von einer Minderung des monarchischen Gefühls zu sprechen, so muß das Gründe haben, die äußerst schwer wiegen. Ich wenigstens würde mich nicht so leicht entschließen, davon zu reden.

Man muß unterscheiden zwischen Parlamentarismus und Konstitutionalismus. Der erstere verlangt allerdings, daß die berufenen Minister gleichzeitig ausführende Organe der Mehrheit des Parlaments sind. Das ist nicht der Fall. Der Konstitutionalismus setzt voraus, daß der König seine Minister beruft, daß sie sich aber im Einverständniß möglichst zu befinden haben mit der Mehrheit des Parlaments. Davon aber, daß ihnen dadurch erst ermöglicht werden soll, ihre eigene Meinung zur Durchführung zu bringen und nur dasjenige zu vertreten, was sie selbst für nöthig halten, davon steht nichts in dem Begriff des Konstitutionalismus geschrieben. Dem Grafen Limburg und dem Minister will ich auf die ernst mahnende, ich möchte sagen, geradezu drohende Haltung antworten, welche sie uns gegenüber einnahmen. Der Minister sprach von der Verantwortung, die uns zufiele, ja, mit der Abrechnung, die man mit uns halten werde. (Hört, hört! links. Sehr richtig! rechts.) Nun, Herr Dr. Klasing, ich kann Sie versichern, davor fürchte ich mich gar nicht. Sie können mir glauben: obwohl der Minister ja die Presse nicht für geeignet zur Darstellung der öffentlichen Meinung erklärt, sie für Fälschungen derselben verantwortlich erklärt, so kann ich doch zunächst auf die Presse verweisen. Aber das nicht genug, sondern ich kann sagen: ich bin selbst erstaunt gewesen, auf welchen kolossalen Widerstand diese Artikel 1 und 3 stießen in den Kreisen meiner Freunde, nicht bloß der parlamentarischen, sondern auch sonst, vielmehr, als ich das selbst geglaubt hatte. Ich kann deßhalb sagen, die Abrechnung scheuen wir nicht, auch die Verantwortung scheuen wir nicht.

Ich muß auch sagen, das Material, welches der Minister vorbrachte (große Heiterkeit links) war für mich von keiner meine Ueberzeugung geradezu erschütternden Bedeutung. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß das ein vollständig durchschlagendes sei. (Stürmische Heiterkeit links.) Graf Limburg-Stirum und der Herr Minister haben es auch so dargestellt, als wenn wir zuerst immer sagten: kein Spezialgesetz, kein Ausnahmegesetz, sondern auf dem Boden des gemeinen Rechts, und käme man mit Vorschlägen auf diesem, wären wir dagegen, käme man mit einem Spezialgesetz, wären wir auch dagegen. Ja, Herr Graf Limburg, das schlägt den Thatsachen in's Gesicht. Nun sagen wir trotzdem, es ist doch eine außerordentlich wichtige Thatsache, wenn die Regierung und die Gesetzgebung sich entschließen, auf den Boden der Ausnahmegesetzgebung zu treten. Das mag nöthig sein, wie es nach unserer Ansicht 1879 war, und in allen den Jahren, wo unsere Freunde im Reichstage für das Sozialistengesetz gestimmt haben. Ob es jetzt noch nöthig ist, werden wir prüfen. Es gibt viele, die der Meinung sind, daß es sogar verkehrt sein, andere, daß es wünschenswerth sein würde, aber die Verantwortung für einen solchen Schritt, der in dem Betreten des Bodens der Ausnahmegesetzgebung besteht, soll keine andere Potenz, keine andere Institution als die Regierung selber tragen (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Wir sind nicht dazu da, im Parlament das Odium auf uns zu nehmen, welches in einem solchen Schritte liegt, sondern das Odium auf sich zu nehmen, ist die Pflicht der Staatsregierung. Ich kann mich daher auf das Beschreiten eines derartigen Weges nicht einlassen, wenn nicht die Staatsregierung erklärt, die Verantwortung nach oben und nach unten und vor dem Lande in erster Linie auf sich zu nehmen.

Dr. **Lieber** (Centr.): Was Herr Dr. Sattler über die vollständige Unbrauchbarkeit dieser Anträge hier für die preußische Gesetzgebung gesagt hat, kann ich nur namens meiner Freunde bestätigen. Im mache aber nochmals darauf aufmerksam, daß es für jeden Polizeimenschen absolut unmöglich ist, die Definitionen anarchistisch, sozialdemokratisch, kommunistisch richtig anzuwenden. Wenn Herr v. Köller mit seiner Vertretung der Umsturzvorlage den Beifall eines Mannes nicht gefunden hat, der in diesem Augenblick vor dem Strafrichter steht, so fürchte ich, wird Herr v. d. Recke noch viel weniger auf eine Tauschische Anerkennung zu rechnen haben. (Große Heiterkeit und Beifall im Centrum, Zischen rechts, stürmischer Beifall im Centrum, lang andauernder Lärm und Zischen.)

Eine weitere Meldung zum Wort liegt nicht vor.

Die Abstimmung erstreckt sich zunächst nur auf Artikel 1. Es wird zunächst über den Antrag der Konservativen abgestimmt. Dieser wird abgelehnt; dafür stimmen die Konservativen und von den Freikonservativen die Abgg. Kelch, v. Seherr-Thoß und Frhr v. Eckardstein. Dasselbe Stimmenverhältniß ergibt sich bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage. Ueber den Antrag der Freikonservativen wird namentlich abgestimmt. Dafür stimmen **193**, dagegen **206** Abgeordnete. Die beiden Parteien der Rechten stimmen auf der einen Seite geschlossen, die Linke, das Centrum und die Polen auf der andern Seite, von den Nationalliberalen stimmt nur Bueck für den Antrag der Freikonservativen, v. Sanden ist bei der Abstimmung nicht zugegen. Das Ergebniß der Abstimmung wird von der Linken und dem Centrum mit stürmischem Beifall, auf der rechten Seite mit starkem Zischen aufgenommen. Händeklatschen auf der Tribüne.

Nunmehr erfolgen die Abstimmungen über den Artikel 3, zunächst über den Antrag Limburg. Es findet eine Auszählung statt. Der Hammelsprung ergibt zum allgemeinen Erstaunen 240 Stimmen gegen und nur 140 Stimmen für den Antrag Limburg-Stirum. Diesmal stimmten die meisten Freikonservativen dagegen.

Präsident **v. Köller:** Ein Theil der Herren hatte vorher die Fragestellung mißverstanden. Das kommt daher, daß man sich so laut unterhält. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Artikel 2 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „An Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht theilnehmen." Das Wort „sollen" ist von der Kommission eingefügt worden.

Dr. **Porsch** (Centr.): Wir werden gegen Artikel 2 stimmen.

Hansen (freikons.) ist für Artikel 2 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Für Artikel 3 in der Fassung der Regierungsvorlage stimmen ebenfalls nur die Konservativen. Bei der Abstimmung über den von den Freikonservativen beantragten Artikel 3 ergibt sich dasselbe Stimmenverhältniß wie bei der namentlichen Abstimmung. Die Ablehnung des Artikels wird wiederum mit Beifall links und Zischen rechts aufgenommen.

Rickert (Frs. Vg.): Ich halte diese Bestimmung nicht nur für nutzlos, sondern auch für schädlich. Ich ersehe da, daß der Minister die Absicht hat, mit diesem Artikel auch in die gewerblichen Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter einzugreifen. Wie steht das in Einklang mit § 152 der Reichsgewerbeordnung? Reichsrecht geht doch vor Landesrecht.

Geheimrath **v. Philippsborn:** Ich verwahre den Herrn Minister dagegen, daß seine Anschauung mit dem Gesetze in Widerspruch steht. Er hat ausdrücklich gesagt, daß nicht alle Streikversammlungen politische seien.

Dr. **Krause** (ntl.): Ich halte die Bedenken des Abg. Rickert durch die Antwort des Regierungskommissärs für erledigt. Das Reichsgericht hat die nothwendige Grenzlinie ganz zutreffend gegeben. Unsern prinzipiellen Standpunkt zu Artikel 2 haben wir bereits gekennzeichnet. Auch der Abg. Porsch nimmt keine prinzipiell gegnerische Stellung ein. Es ist doch nicht wünschenswerth, daß an politischen Erörterungen überhaupt Minderjährige

---

Feuilleton.

Von der Tonkünstlerversammlung in Mannheim.

Der „Allgemeine Deutsche Musikverein", der mit seinen alljährlichen Tonkünstler-Versammlungen bekanntlich von Ort zu Ort zieht, in den Jahren 1864 und 1885 auch in unserer Badischen Residenzstadt künstlerische Festtage gefeiert hat, deren Erinnern in mancher kunstfreudigen Karlsruher Seele noch heute fortlebt, und der im vorigen Jahre seine zweiunddreißigste Tonkünstler-Versammlung in Leipzig abhielt, hat für dieses Jahr seine zahlreichen Mitglieder und Freunde erstmalig nach dem nachbarlichen Mannheim entboten, allwo nun unter Anwesenheit von etwa 100 auswärtigen Besuchern und unter regster Antheilnahme der einheimischen Bevölkerung ein großes Musikschwelgen beginnen konnte. Zwei Opernaufführungen, drei große Orchester- und Chorkonzerte und drei Kammermusik-Aufführungen waren in Aussicht gestellt, und da konnte es denn nicht Wunder nehmen, daß sich bereits am Dienstag und mehr noch am Mittwoch zahlreiche Festgäste in der freundlich geschmückten Handelsmetropole Badens einfanden und in dem im Café zum „Goldenen Stern" etablirten Bureau der Tonkünstler-Versammlung sich durch das liebenswürdige Direktoriumsmitglied, den Dresdener Dichter Professor Dr. Adolf Stern die Eintrittskarten und die mehreren Festgaben einhändigen ließen. Als Festgabe von wirklicher Bedeutsamkeit muß neben den gratis zur Verausgabung gelangenden Festnummern der „Allgemeinen Musik-Zeitung" und der „Neuen Zeitschrift für Musik" ein ganz kostbares Büchlein bezeichnet werden, das die Bürgerschaft Mannheims den Festbesuchern gleichsam als Willkommensgruß und als freundliches Gedenkzeichen hat darbieten lassen. „Mannheim. Die Stadt, ihre Geschichte und ihr Leben", so ist das etwa 230 Seiten starke und mit 35 Ansichtsbildern geschmückte Bändchen betitelt, das neben den allgemeiner interessirenden, sehr hübsch geschriebenen Aufsätzen über die „äußere Erscheinung und Lage" und über „das innere Leben der Stadt" als eigentliche Festskizze eine von Dr. Friedrich Walter vorzüglich ausgearbeitete Abhandlung über „Die Entwicklung des Mannheimer Musik- und Theaterlebens" enthält. An der Hand dieses „Städteführers" wird jeder Fremde Mannheim leicht und schnell kennen und lieben lernen und überdem in den zumeist vortrefflich gelungenen Illustrationen recht anmuthende Erinnerungen mit nach Hause nehmen können.

Der Vorabend der Festtage brachte eine Wiederholung der im Mannheimer Hof- und Nationaltheater erstmalig zur Aufführung gelangten Oper „Gernot" von Eugen d'Albert, und wie schon bei der Premiere am Palmsonntage, so hat das edel-schöne und zum Theil wirklich hochbedeutende Werk auch nun wieder vor einem wahrhaft autoritativen Publikum einen ernsten Erfolg erringen können. Ich habe den verehrlichen Lesern der „Karlsruher Zeitung" seinerzeit ganz ausführlich über den „Gernot" und seine Mannheimer Verlebendigung berichtet, und ich kann mich somit heute wohl auf die Mittheilungen beschränken, daß vielfacher Hervorruf und Kranz- und Blumenspenden auch diesmal wieder den Autor des Werkes und die darstellenden Künstler gelohnt und ausgezeichnet haben. Mehrere von den Bühnenkünstlern waren leider sehr indisponirt und sangen nur, um die Aufführung zu ermöglichen, und wirklich vollwerthige Leistungen konnten sonach nur Frau Hermine d'Albert, die geniale Interpretin der „Waltrudis" und die Herren Marx und Krug als Herbold und Marbod bieten. Nach der Oper fand eine äußerst anregende gesellige Zusammenkunft im Theaterkeller statt, die einen Ueberblick über das hier zusammengeströmte interessante Künstlervölkchen ermöglichte. Ohne alle die berühmten oder doch wenigstens bekannten Persönlichkeiten, die sich hier ein Redezvous gaben, namentlich anführen zu können, will ich doch versuchen ein kleines Gruppenbild der illustren Versammlung zu skizziren. Zu den trefflichen einheimischen Künstlern und Kunstvorständen, von denen hier namentlich der Intendant der Mannheimer Hofbühne Herr Dr. August Bassermann, die Hofkapellmeister von Reznicek und Ferdinand Langer und der Konzertmeister Hans Schuster angeführt seien, hatten sich da in zwanglos fröhlicher Weise die auswärtigen Celebritäten und Capacitäten gesellt. Da sah man den auch als Komponist wohlbekannten ehemaligen Intendanten des Hoftheaters zu Hannover und zu Weimar Hans von Bronsart mit seiner Gattin, der trefflichen Pianistin und Komponistin Ingeborg von Bronsart; da ruhten sich in fröhlichem Geplauder Eugen d'Albert und Frau und Engelbert Humperdinck mit Gattin von ihren künstlerischen Streifzügen und Erfolgen aus, und neben letzteren gewahrte man den Dr. Henry Thode, den geistvollen Schwiegersohn Wagner's und Philipp Wolfrum, den thatenfreudigen Leiter der Heidelberger Bach-Vereins-Konzerte. An einem anderen Tischchen präsidirten der Königliche Kapellmeister Felix Weingartner und dessen anmuthige Gattin, eine geborene Mannheimerin, die Tochter des bekannten Buchdruckereibesitzers Guillerat-Chasseur. Bei ihnen saßen Otto Leßmann, der Redakteur der „Allgemeinen Musikzeitung", der Musikschriftsteller Dr. Paul Marsop und Andere mehr. Vincent d'Indy, der französische Komponist, Louis Nicodé, der Dresden r Tondichter und Dirigent, die Kapellmeister Kagel aus Frankfurt und de Haan aus Darmstadt, der Dichter Adolf Stern mit seiner Gattin, der Pianistin Margarethe Stern, der Journalist und Komponist Ferdinand Pfohl aus Hamburg, der Pianist Edouard Risler, die Tonsetzer Robert Kahn und Waldemar v. Baußnera, der vortreffliche Geiger Konzertmeister Karl Halir mit seinen Quartettgenossen, der scharfe Federkämpe Friedrich Rösch, der Organist C. L. Werner, die Musikverleger Dr. v. Hase, Friedrich Sander und Dr. Strecker, der Konzertagent Hermann Wolff und manche andere Berufsgenossen von Ruf und Bedeutung vervollständigten das fesselnde Bild unseres modernen musikalischen Lebens. Am Donnerstag zeigten sich auch Karlsruher Künstlerphysiognomien, so Professor Ordenstein und Frau und Fritz v. Bose.

Die erste Konzertaufführung, die am Donnerstag Abend 7 Uhr im Saalbau stattfand und deren Programm aus den beiden Symphonischen Dichtungen „Also sprach Zarathustra" von Richard Strauß und „Die Gefilde der Seligen" von Felix Weingartner und aus einem Requiem von E. N. v. Reznicek zusammengestellt war, hatte sich eines sehr lebhaften Besuches und einer im ganzen recht warmen Aufnahme zu erfreuen. Vom künstlerischen Standpunkte aus betrachtet, gab dieses erste Konzert leider zu manchen schwerwiegenden Bedenken Anlaß. Richard Strauß, der seine kühne, geistvolle und selbst in ihren Irrthümern große Tondichtung, über die wir schon anläßlich der Heidelberger Aufführung derselben eingehender referirt haben, selbst dirigiren sollte, war in letzter Stunde dienstlich in München zurückgehalten worden, und so hatte Herr Hofkapellmeister Reznicek die Leitung übernehmen müssen. Bei allem voraussichtlich besten Willen war es

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

theilnehmen. Die Bedenken sind zum großen Theil beseitigt durch das Wort „sollen“.

Munckel (Frs. Vp.): Nehmen wir die Vorlage so, wie sie aus der Kommission gekommen ist, jetzt wirklich an — Gesetz wird sie doch nicht (der konservative Abgeordnete Busch ruft: Doch! Große Heiterkeit), wer das im Voraus weiß, das ist vielleicht derjenige, der nachher an derselben Stelle sitzen wird, wo jetzt Herr v. d. Recke sitzt. (Stürmische Heiterkeit.) Das einzig gute, was das Gesetz hat, das können wir im Reichstag kriegen, dazu brauchen wir Herrn v. d. Recke nicht. Also m. H. Nationalliberalen, machen Sie der Sache ein Ende. Wer weiß, wie es sonst noch kommt! Was besagen die 13 Stimmen Mehrheit, wo über 30 Abgeordnete gefehlt haben! Denken Sie an das mächtige mit Recht so gefürchtete Herrenhaus. (Heiterkeit.)

Artikel 2 in der Kommissionsfassung wird angenommen gegen das Centrum und die Freisinnigen.

Artikel 4 behandelt das Verbot der Theilnahme Minderjähriger an politischen Vereinen. Für den zweiten Absatz beantragt Dr. Krause (nat.-lib.) folgende Fassung: „An den von solchen Vereinen veranstalteten Versammlungen und Sitzungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert und berathen werden sollen, dürfen Minderjährige nicht theilnehmen. Anderen Versammlungen und Sitzungen dürfen Minderjährige, sowie weibliche Personen beiwohnen.“

Für den Artikel 4 in der durch den Antrag Krause ihm gegebenen Fassung erheben sich anfangs nur die Nationalliberalen. Dr. Arendt (freikons.) ruft plötzlich: „Wir müssen noch aufstehen!“ Es erhebt sich nunmehr die gesammte Rechte. (Stürmische Heiterkeit.) Der Artikel 4 ist in der bezeichneten Fassung angenommen.

Den zu Artikel 5 gestellten Antrag, der die Befugniß der Auflösung von politischen Versammlungen oder Sitzungen politischer Vereine, an denen Minderjährige theilnehmen, wiederherstellen will, zieht Graf zu Limburg-Stirum (deutschkons.) infolge der Ablehnung der Artikel 1 und 3 zurück.

Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.) beantragt folgende Zusätze zu Artikel 5: „Vor Beginn der Verhandlung in politischen Versammlungen (Art. 2) und in Versammlungen politischer Vereine (Art. 4) hat der Vorsitzende die Aufforderung zu erlassen, daß Minderjährige sich entfernen. Bevor dieser Aufforderung Folge geleistet ist, darf in die Verhandlung nicht eingetreten werden. Unterläßt oder verweigert der Vorsitzende die Erlassung der Aufforderung und der zweckdienlichen Maßregeln zur Durchführung derselben, so treffen ihn die Strafen des § 14 der Verordnung vom 11. März 1850. Dasselbe gilt, wenn der Vorsitzende die Versammlung eröffnet, bevor seiner Aufforderung Folge geleistet ist. Unterbleibt die Aufforderung des Vorsitzenden oder wird derselben von den anwesenden Minderjährigen nicht nachgekommen und ist die Entfernung der letztern in anderer Weise nicht zu erreichen, so kann die Versammlung von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden.“

Dr. **Krause** (nat.-lib.) beantragt, hiervon nur den ersten und dritten Satz aufrechtzuerhalten.

In dieser Beschränkung wird der Antrag Zedlitz und mit diesem der Artikel 5 der Kommissionsbeschlüsse durch eine Mehrheit aus der Rechten und den Nationalliberalen angenommen. Die Auflösungsbefugniß bleibt beseitigt.

Damit ist die zweite Berathung erledigt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 29. Mai.

Gestern Nachmittag hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog noch die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo, des Legationssekretärs Dr. Seyb und des Majors von Pannewitz.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind heute Früh 8 Uhr 14 nach Schloß Baden abgereist. Höchstdieselben sind begleitet von der Hofdame Freiin von Schönau und der Freiin von Goeler, dem Oberhofmarschall Grafen von Andlaw, dem General à la suite Generalmajor Müller, dem Legationssekretär Dr. Seyb, welcher heute die Geschäfte des Geheimen Kabinets während einer mehrwöchentlichen Beurlaubung des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo übernommen hat, sowie dem praktischen Arzt Dr. Dreßler.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Die Aufführung von R. Wagner's Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“ wird am Samstag den 5. Juni mit „Rheingold“ beginnen; am Sonntag den 6. folgt sodann „Die Walküre“, am Dienstag den 8. „Siegfried“, am Donnerstag den 10. „Götterdämmerung“. In der nächsten Woche bringt die Oper, am Sonntag den 30. „Margarethe“, am Donnerstag den 3. Juni „Djamileh“ und „Copelia“. Im Schauspiel gelangt am 31. das Lustspiel „Die Journalisten“ zur Aufführung, worin Herr Kleinecke sein Gastspiel als Oberst Berg fortsetzen wird; am Dienstag den 1. Juni „Kaiser Heinrich“, am Freitag den 4. „Er muß auf's Land“ und die Balletpantomime „Im Balletsaal“. Am 11. Juni wird Herr Engels aus Berlin sein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel beginnen. Der Künstler wird u. A. in Gerhart Hauptmann's Komödie „College Crampton“, sowie in den Lustspielen „Die Kinder der Excellenz“ und „Anna's Traum“ auftreten.

Der Prozeß v. Tausch — v. Lützow.

* **Berlin**, 28. Mai.

(Telegramm.)

Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Schriftstellers Maximilian Harden, der über seine Beziehungen zu v. Tausch im Wesentlichen das bereits Bekannte aussagt. Er resumirt seine Ansicht dahin, v. Tausch sei ein Mann, der in seiner amtlichen Thätigkeit mit allerlei delikaten, mit einer strengen Sittlichkeit theilweise unvereinbaren Dingen zu thun hatte und von dem plötzlich verlangt wurde, daß er in allen tieferen Dingen nur die Mittel verwenden durfte, die einem Gentlemen zustehen. Ueber die Angelegenheit des Staatssekretärs v. Boetticher habe ihm Tausch niemals Informationen ertheilt.

Staatssekretär v. Marschall gibt einen Ueberblick des Verhältnisses des Auswärtigen Amtes zu der politischen Polizei, das abgebrochen wurde, als sich herausstellte, daß Normann-Schumann selbst der Verfasser der Skandalartikel in der „Saale Ztg.“ sei. v. Marschall habe selbst den Haftbefehl gegen Schumann veranlaßt. Er habe keinen Anhalt gehabt, daß v. Tausch selbst intrigire. Er müsse es als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnen, einen solchen Mann wie Schumann als Vertrauensmann der politischen Polizei zu haben. Es sei eine ganz grenzenlose Verdächtigung, wenn man behaupte, das Auswärtige Amt sei gegen Tausch von vornherein animos gewesen. Er geht alsdann zu den Verdächtigungen gegen das Auswärtige Amt nach der „Köln. Ztg.“ über und hebt das bedeutende Aufsehen des Artikels der „Köln. Ztg.“ hervor, der nach der Aussage v. Tausch's von v. Huhn herrühren sollte. Als darin der Artikel der „Welt am Montag“ betr. das Auswärtige Amt und seine Person erschien, faßte er die Absicht, nunmehr rücksichtslos vorzugehen. Als er diese dem Polizeipräsideten mittheilte, beauftragte dieser Tausch bei Leckert und v. Lützow Haussuchung zu halten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 29. Mai. Seine Majestät der Kaiser traf heute Früh 7½ Uhr hier ein.

* **Darmstadt**, 29. Mai. Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin reist heute Nachmittag nach Coburg, von wo sie sich mit der Herzogin-Mutter wegen der ernst lautenden Nachrichten über das Befinden des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien nach Bukarest begeben wird.

* **Paris**, 29. Mai. Unter den Theilnehmern des gestern veranstalteten Banketts der Bimetallistenliga befand sich auch Ministerpräsident Méline, der Handelsminister, der Senatspräsident und mehrere amerikanische Senatoren. Bei Tische wurden mehrere Reden gehalten, u. A. auch von Méline. Dieser führte aus, nachdem er auf die unerträglichen Schwankungen des Wechselkurses und die Nothwendigkeit einer Lösung des Währungsproblems hervorgehoben hatte, Frankreich könne diese Frage nicht allein entscheiden. Die Vereinigten Staaten seien jetzt auf dem Wege zur Lösung des Problems in entscheidender Weise vorgeschritten.

* **London**, 29. Mai. Die irische Parlamentspartei nahm gestern einen Beschlußantrag an, in dem sie die Beschwerden Irlands aufzählt und erklärt, an der Jubiläumsfeier Ihrer Majestät der Königin nicht theilnehmen zu wollen.

* **Athen**, 29. Mai. Der Korrespondent der „Times“ meldet von hier, der Ministerpräsident habe ihm erklärt, daß Griechenland sich nicht verpflichtet fühle, zur Erleichterung der Durchführung des europäischen Programmes beizutragen, sowie daß sich Griechenland in dieser Angelegenheit nicht darauf einrichten könne, den Gendarmen Europas zu spielen.

* **Bukarest**, 28. Mai. Ein offizielles Bulletin über das Befinden des Prinzen-Thronfolgers besagt: Mittags hat sich das Allgemeinbefinden etwas gebessert. Eine neuerliche ärztliche Untersuchung stellt das Vorhandensein eines neuen Entzündungsherdes in der linken Lunge fest.

* **Washington**, 29. Mai. Senator Tillmann brachte im Senat eine Resolution ein, die die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der untersuchen soll, ob Senatoren in Zucker spekuliren und die New-Yorker Spekulanten vorzeitige Spekulationen bezüglich des Zuckertarifes erhielten. Aldrich wies die Beschuldigungen zurück. Die Resolution wurde einem Ausschuß überwiesen.

Verschiedenes.

* **Berlin**, 27. Mai. Die nach Griechenland entsandte Expedition des Zentral-Komités der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz, unter Oberstabsarzt Dr. Korsch als Chefarzt, und Stabsarzt Dr. Belde als zweiter Arzt, war zunächst zur Verwendung auf dem westlichen Kriegsschauplatze in Aussicht genommen, wurde aber schließlich auf Anregung des Komités des Rothen Kreuzes in Athen auf den östlichen Kriegsschauplatz berufen und ihr als Etablirungsort Volo angewiesen. Eine Etablirung in diesem Orte erwies sich als unmöglich, da derselbe von Einwohnern und Behörden bei Ankunft der Expedition verlassen wurde. Auf Wunsch des Kronprinzen von Griechenland richtete sich daher die Ambulanz in dem Hafenorte Hagia Marina ein, in der Nähe von Stylis, wohin nicht lange vorher die Eisenbahn von Lamia verlängert worden war. Seitens der griechischen Militär-Sanitäts-Verwaltung wurden dem Oberstabsarzt Korsch noch 3 Zelte zu 10 Betten zur Verfügung gestellt. Wenn auch nach den Berichten des Oberstabsarzts Korsch durch den Truppenverkehr das Lazareth in Hagia Marina mit mancherlei Beschwerden und Unbequemlichkeiten zu kämpfen hat, so muß doch die Wahl dieses Ortes, welcher gewissermaßen als Sammelstelle für die Weiterbeförderung von Verwundeten zu Schiff ausersehen ist, als durchaus geeignet erscheinen. — Wie eine Depesche des Oberstabsarzts Korsch vom 18. d. M. mittheilt, sind auch an diesem Tage viele Schwerverwundete von Domokos der deutschen Ambulanz überwiesen worden, deren Krankenbestand am 15. 40 betragen hatte. Daß die Thätigkeit der deutschen Expedition Anerkennung findet, geht aus dem Schlußsatz des letzten Berichts des Oberstabsarzts Korsch vom 10. d. M. hervor, in dem er schreibt, daß ihre Anwesenheit in der Nähe des Kriegsschauplatzes sowohl beruhigend auf die Bevölkerung wirkt, als auch dem Deutschen Reich Sympathie und Achtung erwirbt.

† **Lübeck**, 29. Mai. (Telegr.) Der Senat erläßt ein Preisausschreiben an die deutsche Künstlerschaft zur Einreichung von Entwürfen für ein Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. in Lübeck.

† **Lehrte**, 28. Mai. (Telegr.) Auf dem hiesigen Bahnhof sind 30 Güterwagen verbrannt.

† **Troppau**, 28. Mai. (Telegr.) Gestern Abend stürzte im Eugenschachte in Peterswalde anläßlich vorgenommener Ausbesserungen die Zimmerung in Höhe von 26 Metern ein. Vier Zimmerleute wurden verletzt.

† **Epinal**, 28. Mai. (Telegr.) Das Zuchtpolizeigericht hat die drei Staatsingenieure, welche für den Bruch des im Jahre 1895 gerissenen Reservoirs von Bonzly unter Anklage gestellt worden waren, freigesprochen.

† **St. Petersburg**, 28. Mai. (Telegr.) Die russische Regierung erklärte die Stadt Swatow in Südchina als Pest verseucht.

Ferienkolonien für arme kränkliche Schulkinder der Stadt Karlsruhe.

Nach unserm kürzlich versendeten Berichte (von welchem eine Anzahl Exemplare zur unentgeltlichen Abholung in der Bielefeld'schen Hofbuchhandlung aufliegt) haben wir im Jahre 1896 erstmals 112 Kinder in sieben Kolonien ausgesendet. Da dadurch unsere Mittel ungewöhnlich stark in Anspruch genommen wurden, so wollen wir uns gern begnügen, wenn es die Beiträge unserer Gönner und Freunde möglich machen, auch in diesem Sommer wieder der gleichen Zahl von armen Kindern die Wohlthat eines mehrwöchentlichen Landaufenthaltes in stärkender Wald- und Bergluft zukommen lassen zu können.

Wir bitten deßhalb wieder herzlich um gütige Beiträge an Geld und später auch an Kleidungsstücken (für Kinder von 11 bis 14 Jahren) und erklären uns mit Freuden zu deren Empfangnahme bereit.

Karlsruhe, im Mai 1897.

Das Komité:

Bähr, Medizinalrath, Kaiserstr. 223. Bielefeld, jun., Verlagsbuchhändler und Konsul, Jahnstr. 22. Doll, Dr., Stadtarzt, Ritterstr. 26. Hoffmann, Dr., Generalarzt a. D., Hirschstr. 37, Vorsitzender. Huber, Stadtverordneter und Armenrath, Kaiserstr. 185, Schriftführer. Ludwig, Stadtrath, Kaiserstr. 147, Inventaraufseher. Schneider, Geheimer Kommerzienrath, Erbprinzenstr. 31, Schatzmeister. Schrickel, Oberstabsarzt a. D., Karlstr. 2, Stellvertreter des Vorsitzenden. v. Seyfried, Dr., Hofrath und Hofarzt, Westendstr. 13. Specht, Stadtschulrath und Professor, Kreuzstr. 15. Ströbe, Hofapotheker, Kaiserstr. 201. Williard, Baurath a. D. und Stadtrath, Sofienstr. 35. Ziegler, Medizinalrath, Westendstr. 74. Zittel, D., Kirchenrath, Kriegstr. 72.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 21. Mai. Kurt, V.: Friedrich Maier, Zimmermann. — 22. Mai. Bertha Josefine, V.: Albert Hemberger, Schriftsetzer. — Olga Sabine, V.: Heinrich Käfer, Ausläufer, — Klara Mina, V.: Friedrich Steiger, Schreiner. — 23. Mai. Frieda Katharina, V.: Konrad Nischwitz, Eisenbahnhilfsschaffner. — Anna Maria Elisabetha, V.: Andreas Haupt, Gerichtsvollzieher. — Anna, V.: Johann Georg Deck, Dienstmann. — Christian Friedrich, V.: Christian Bäuerle, Säger.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.

Herrn v. Reznicek, dem durch die Tonkünstler-Versammlung jedenfalls eine immense Arbeitslast aufgebürdet worden ist, nicht möglich, den außerordentlichsten Anforderungen, die der „Zarathustra“ in technischer und in geistiger Hinsicht an den interpretirenden Dirigenten stellt, völlig gerecht zu werden, und wie wesentliche Parthien der Wiedergabe eine größere Klarheit und eine energiebeseeltere Rhytmik vermissen ließen, so fehlte dem das Werk abschließenden Tanzliede völlig jener dithyrambische Schwung, der unter des Komponisten Leitung allenthalben auch die widerstrebendsten Hörer zu lebhaftester Antheilnahme mit fortgerissen hat. Felix Weingartner's durch das bekannte gleichnamige Gemälde von Arnold Böcklin angeregte symphonische Dichtung „Das Gefilde der Seligen“ ist ein weitangelegtes, stimmungsreiches und klangschwelgerisches Tonstück, das unter des Autors eigener, warm empfindsamer Direktion zu voller Wirkung gelangen konnte. Das hübsche und ausdrucksvolle thematische Material wird in geistreicher und dabei sehr übersichtlicher Weise verarbeitet, das durch die Einfügung einer neukonstruirten Altflöte (eine Terz tiefer stehend als die bisherigen Flöten) bereicherte Kolorit des Orchesters entzückt durch Wechsel und Wärme und einzig in rhythmischer Hinsicht wirkt das sehr ausgedehnte Tongedicht schließlich ein wenig ermüdend. Dem inhaltlich bedeutenderen, ursprünglicheren und viel schwierigeren „Zarathustra“ von Strauß steht Weingartner's „Gefilde der Seligen“ als eine unmittelbar anmuthendere, schönere und dabei leichter ausführbarere Komposition gegenüber, und dieselbe dürfte sonach, wie das hier der Fall war, beim größeren Publikum allerorten einen unmittelbareren, rückhaltsloseren Erfolg erringen, als der mit seinen vielleicht anfechtbaren aber doch bewunderungswürdigen Kühnheiten auch ein kühnes Auditorium — und einen kühnen Dirigenten — voraussetzende „Zarathustra“.

Das Requiem von E. N. v. Reznicek, eine für Solostimmen, sechsstimmigen Chor, Orchester und Orgel gesetzte Monstre-Komposition erwies sich als eine Arbeit, die durchweg die Hand eines in allen Regeln der Tonsatzkunst wohlgeübten und tüchtigen Musikers erkennen läßt und die allenthalben und oftmals allerdings in recht ungenügendem Einvernehmen mit der Textvorlage bedeutende Wirkungen erstrebt, die aber an wirklich eigenartiger und schöner Erfindung so wenig darbietet, daß die Wahl dieses Werkes für eines der Mannheimer Festkonzerte wohl als ein Akt der Courtoisie gegen den Ortsdirigenten aufgefaßt und erklärt werden muß. Abgesehen von den mancherlei ganz eindringlichen tonmalerischen Schilderungen der Schrecken des jüngsten Gerichtes, von dem allerdings stark an eine Schubert'sche Melodie anklingenden aber sehr wohllautenden „Recordare“, den in ihrer Art interessanten Sätzen „Lacrymosa“ (kanonisches Duett zwischen den beiden Solosopranen) und „Benediktus“ (Bariton-Solo mit obligater Violine, die den Satz mit einer seltsam verblüffenden Konzert-Kadenz beginnt), und abgesehen schließlich von dem recht interessant und markig ausgestatteten Chorsatze „Domine Jesu Christe! Rex gloriae! Libera animas omnium fidelium! u. s. w.“ ergeht sich von Reznicek's allerdings gut gearbeitete Komposition durchweg in recht konventioneller Musicirerei, die oftmals sogar vor entschiedenen Banalitäten nicht zurückschreckt. Sätze, wie das „Sanctus“ dieser Todtenmesse und der Schlußsatz mit seinen unwillkürlich an das „Hoch soll er leben“ gemahnenden in Dreiklangsintervallen aufsteigenden Tonfolgen würden dem Autor des „Requiems“ vielleicht sogar bei einer eventuellen Bewerbung um den Meyerbeer-Preis geschadet haben, so sehr sonst die ganze Komposition alle Merkmale einer derartigen von tüchtigen Studien und vielem Fleiße Zeugniß ablegenden Bewerbungsarbeit aufweist.

Die recht rühmenswerthe Wiedergabe des Werkes, um die sich neben dem leitenden Komponisten, dem verstärkten Hoforchester, den aus den Mannheim-Ludwigshafener Vereinen rekrutirten vortrefflichen Chören und dem die Orgel traktirenden Herrn Musikdirektor Hänlein, die hiesigen Opernmitglieder Frau Sorger, Frau Seubert-Hausen und die Herren Krug, Erl, Knapp und Marx, als Ausführende des Solistensextettes, verdient machten, fand recht beifällige Aufnahme. Nach dem Konzerte hat eine zwanglose Zusammenkunft und Begrüßung mit obligaten Reden im reservirten Saale des Stadtparkes stattgefunden, der ich jedoch in respektvoller Zurückhaltung vor dem für dort angekündigten Militärkapellenkonzert ferngeblieben bin. Schließlich sind doch selbst Tonkünstlerversammlungen nicht dazu bestimmt, den Musikern durch ein Uebermaß von Musik alle Freude an der Tonkunst zu rauben.

(Fortsetzung folgt.)

BOVRIL For Invalids
Packung Porzellantopf
wird als vorzügliches diätetisches Nähr- u. Kräftigungsmittel für Magenleidende, Reconvalescenten, Kranke und Kinder von ersten ärztlichen Autoritäten empfohlen. — Herstellung unter strengster Controle.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Cie.
Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.
Grösstes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln
in Porzellan, Crystall, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen
für Geschenke, Aussteuern, Hôtel- und Hauseinrichtungen.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail.
Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz.
Bedeutendes Spezialgeschäft in Besatzartikeln, aller Arten Besatzstoffen, Passementerien, Spitzen, Knöpfen, Weißwaaren. Handschuhen, Cravatten, Fächern. Ständiger Eingang von Neuheiten.

Friedrich Händler Nachfolger
Inhaber: Wachmann & Sonneborn
Lammstrasse 3 **Karlsruhe** Lammstrasse 3.
Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maass.
Volle Garantie für eleganten und bequemen Sitz.
Stets reichste Auswahl in feinsten englischen Neuheiten zu Anzügen, Paletots und Beinkleidern.
Anfertigung sämmtlicher badischer Hof- und Staatsuniformen.

Convertirung der 4%igen Badischen Staatsanlehen in 3½%ige.

Die Abstempelung der zur Convertirung bestimmten 4%igen Badischen Staatsobligationen auf 3½% unter Erneuerung der Couponsbogen hat begonnen. — Ich bitte um Einreichung der Obligationen mit allen **nach** dem 1. Oktober 1897 fälligen Coupons.

Karlsruhe, den 28. Mai 1897.

F.35. **Veit L. Homburger.**

Convertirung der 4% Badischen Staats-Obligationen.

Hierdurch machen wir bekannt, daß wir die Abstempelung der zur Convertirung aufgerufenen 4%igen Badischen Staats-Obligationen **kostenfrei** besorgen, und bitten um Einreichung der Stücke.

Karlsruhe, im Mai 1897.

Straus & Co.

E.787.2. **Zähringerstraße 84.**

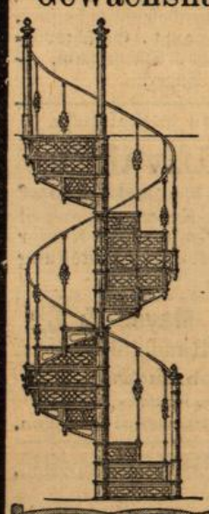
Heinrich Brückner
Grossherzoglicher Hofkleidermacher,
152 Kaiserstrasse 152.
Anfertigung eleganter Herrengarderobe
nach Maass.
Uniformen für Hof- und Staatsbeamte.
Grosses Lager in englischen und deutschen Stoffen.
Preiswerthe und coulante Bedienung. A·674.21

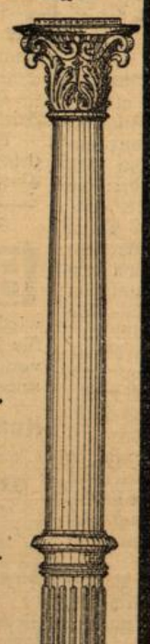
NATURHEILANSTALT
GLOTTERBAD
IM SCHWARZWALD BEI FREIBURG I/BADEN.
Vorzüglichste **Frühjahrsstation.**
Prospecte frei durch die **Badeverwaltung.**
E.202.11

Solbad Dürrheim 705 m üb. dem Meere, Station Marbach der bad. Schwarzwaldbahn. „Sehr starke reine Sole-Inhalationen", Höhenluft.
Eröffnung 27. Mai. E.534.2. **Grossh. Salinenamt.**

Franz Mosenthin, Leipzig-Eutritzsch,
Eisenbaufabrik und Eisengiesserei.

Special-Fabrik
für
Gewächshäuser, Wintergärten,
Warmwasserheizungen,
Baukonstruktionen
und
Bauartikel jeder Art
in Guss- u. Schmiedeeisen;
Säulen, Träger, Dächer,
Brücken und Uebergänge,
Veranden, Balkons, Pavillons.
Treppen, Fenster,
Geländer und **Thore,**
Maschinenguss
nach eigenen u. gesandten Modellen.
Stalleinrichtungen.





Auf **vielen grossen Ausstellungen** mit **I. Preisen prämiirt.**
Kataloge und Kostenanschläge stehen zu Diensten. E·852.

Nach der soeben erlassenen amtlichen Bekanntmachung erfolgt nunmehr die **Abstempelung** sämmtlicher

auf 3½% convertirten

4% Badischen Staatsobligationen

und ersuchen wir höflichst unter Bezugnahme auf unser früheres diesbezügliches Cirkularschreiben, die Stücke baldigst bei uns einzureichen, um das Erforderliche zu besorgen.

E·740.2. **Filiale der Rheinischen Creditbank.**

CIRCUS DREXLER.

Heute Sonntag den 30. Mai, Nachm. 4½ und Abends 8 Uhr:

Zwei Große Gala-Spezialitäten-Vorstellungen.

Abends 8 Uhr: **Grand Soirée Equestre.**

Zu der Nachmittagsvorstellung um 4½ Uhr zahlen Kinder und Militär vom Feldwebel abwärts halbe Preise, Abends volle Preise.

Morgen Montag den 31. Mai, Abends 8 Uhr:

Grosse
Gala-Glanz-Abschieds-Vorstellung
zum Benefiz sämmtlicher Clowns und Augusten.

Hochachtungsvoll
W. Drexler, Direktor
F.37. und alleiniger Eigenthümer.

Gemeinde Wettelbrunn. **Amtsgerichtsbezirk Staufen.**

Oeffentliche Aufforderung

zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- oder Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der **Gemeinde Wettelbrunn, Amtsgerichtsbezirks Staufen,** eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Bereinigung der Unterpfandsbücher betreffend (Reg.-Bl. S. 213), und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Bereinigungen betr. (Ges.- u. V.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges.- u. V.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzusuchen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.

Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichniß der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Rathhause zur Einsicht offen liegt.

Wettelbrunn, den 10. Mai 1897. F·34.

Das Gewähr- und Pfandgericht. Klein, Bürgermstr.

Der Vereinigungskommissär: Joh. B. Albert, Rathschrbr.

1000 M. über d. Meere. **Höhenluftkurort Schönwald** **bad. Schwarzw.** 1. St. v. d. Stat. Triberg.

Kur-Hôtel Schönwald.

Hochelegantes Hôtel, nahe am Walde gelegen, mit allem Comfort der Neuzeit ausgestattet. 200 sehr schöne Fremdenzimmer. Prachtvoller Speisesaal f. 350 Pers. Gedeckte, große Veranda, 18 Balcons, Damensalon. Lese- und Billardzimmer. Centralheizung. Elektrische Beleuchtung. Gedeckte Halle. Gartenanlagen. **Lawn-Tennis, Kiefernadel-, Salz-, gew. Bäder, Douchen.** — Das Etablissement umfaßt außer dem Kur-Hôtel den Gasthof Adler und vier ruhige Dependancen. — Aerztlich sehr empfohlen. — **Pensionspreis** mit Zimmer im Kur-Hôtel M. 4—6. Im Adler und den Dependancen M. 4. Telephon Nr. 12. Illustrirte Prospekte gratis.

E·510.2 **Eduard Riesle,** Besitzer.

Luftcurort HONAU

am Fuße des Lichtenstein.

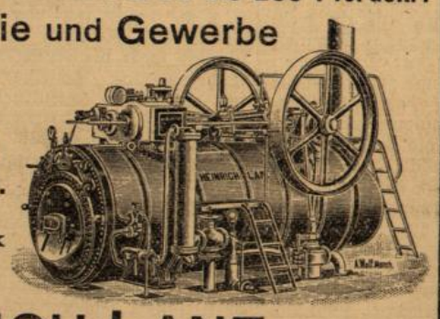
Hôtel zur Echatz.

I. Haus am Platze, empfiehlt seine besteingerichteten Fremdenzimmer zur gefl. Benützung. — Billigster Landaufenthalt. — Pension. — Bei längerem Aufenthalt Preisermäßigung. — Schöner Saal und billige Preise für größere Vereine.

Prospekte gratis und franko durch den Besitzer

Erwin Heid.

Lokomobilen bis 200 Pferdekr.
für Industrie und Gewerbe
beste und sparsamste Betriebskraft der Gegenwart.
1895/96 1191 Stück verkauft.



HEINRICH LANZ, Mannheim.
E·936.1.

Feuer-, fall- und einbruchsichere

Geld-, Bücher- und Dokumentenschränke
E·16.45 empfiehlt
Wilh. Weiss, Karlsruhe,
Erbprinzenstr. 24.

Gesucht wird ein junger Mann mit guter Schulbildg. u. schöner Handschrift von einem Notar als **Schreibgehilfe,** welcher im Expediren schon gewandt ist oder aber einige Fachkenntniß besitzt. Offert. unt. F. 19 beförd. d. Exp. d. Bl. F·19.2

Himmelheber & Vier,
Wäschefabrik, Karlsruhe,
G424] Kaiserstraße 171, [19
liefern **Braut- & Kinder-Ausstattungen** in nur gediegenster Ausführung zu billigen Preisen.
Streng reelle Bedienung.

Militärinstitut Darmstadt.
Vorbereitung f. Fähnrichs-,
Marine-, Primaner- u. Freiw.-Examen.
Vorst.: **Carl Waldecker,**
Hauptm. d. L. früh. act. im Ingen.-Corps.
D·802.9

Bürgerliche Rechtsstreite.

Bekanntmachung.

F.36. Villingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirths Anton Scheu in Villingen soll die Schlußvertheilung erfolgen. Es sind 2512 M. 31 Pfg. verfügbar und nicht bevorrechtigte Forderungen im Betrage von 4089 M. 91 Pfg. zu berücksichtigen.

Villingen, den 25. Mai 1897.

Der Konkursverwalter:
Schloß,
Rechtsanwalt.

Vermögensabsonderungen.

F.31. Nr. 8653. Mannheim. Die Ehefrau des Kaufm. Hermann Karlsruher, Amalie, geb. Neu in Heidelberg, hat gegen ihren Ehemann bei diesseitigem Landgericht eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Termin zur Verhandlung hierüber ist auf

Samstag den 10. Juli 1897,
Vormittags 10 Uhr,

bestimmt.

Dies wird zur Kenntnißnahme der Gläubiger veröffentlicht.

Mannheim, den 26. Mai 1897.

Schulz,
Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts.

Vermischte Bekanntmachungen.

F·39. Karlsruhe.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Am 1. Juni d. Js. treten für den Verkehr zwischen **Mannheim** und den Stationen der am 15. ds. Mts. eröffneten Strecke Türkismühle—Hermeskeil des Direktionsbezirks St. Johann—Saarbrücken **neue,** sowie für den Verkehr mit verschiedenen anderen Stationen des vorgenannten Bezirks anderweite ermäßigte Frachtsätze in Kraft.

Nähere Auskunft ertheilt unser Gütertarifbureau, sowie die Güterverwaltung Mannheim.

Karlsruhe, den 28. Mai 1897.

Generaldirektion
der Großh. Bad. Staatseisenbahnen
als geschäftsführende Verwaltung.

E·959.2. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Am Montag den 14. Juni l. J., Vormittags 8 Uhr beginnend, versteigern wir im Hofe beim Geräthschaftenmagazin, Eingang beim Rüppurrer Eisenbahnübergang, neue und alte, theils entbehrlich, theils unbrauchbar gewordene Geräthe verschiedener Art, darunter **2 Wasserfässer mit Wagen, eine Perron-Uhr und 20 Stationsglocken** gegen sofortige Baarzahlung.

Karlsruhe, den 24. Mai 1897.

Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

E.823.3. Karlsruhe.

Villen-Bauplätze-Versteigerung.

Das Großh. Hofbauamt versteigert am

Montag den 31. ds. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,

auf seinem Bureau, woselbst Lageplan und Versteigerungsbedingungen offen liegen, die zwischen der Hoff-, Westend- und Jahnstraße dahier gelegenen Villen-Bauplätze Nr. I, II, IV, V, VII und VIII.

Für die Kaufliebhaber, die in der Zeit vom 19. bis mit 26. d. M. die Versteigerungsbedingungen bereits eingesehen haben, wird bemerkt, daß letztere inzwischen noch eine Aenderung erhielten.

E.930.2. Nr. 1857. Bruchsal.

Pflasterstein-Lieferung.

Auf Grund der Ministerialverordnung vom 7. Juni 1890 haben wir die Lieferung von **21000 Pflastersteinen** aus Granit zu vergeben. Die Bedingungen liegen in unserem hiesigen Dienstgebäude auf.

Schriftliche Angebote, die auf die Dauer von vier Wochen bindend sind, wollen mit Verwendung des von uns zu beziehenden Vordrucks und mit der Aufschrift „Granitsteinlieferung" auf dem Umschlag spätestens

Mittwoch den 9 Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

an uns abgeliefert werden.

Die Auswahl unter den Bewerbern wird vorbehalten.

Bruchsal, den 22. Mai 1897.

Gr. Wasser- und Straßenbau-Inspektion

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.